

SPD



Frankfurt am Main

Freundeskreis

Die linke Mitte

www.freundeskreis.podstatny.de

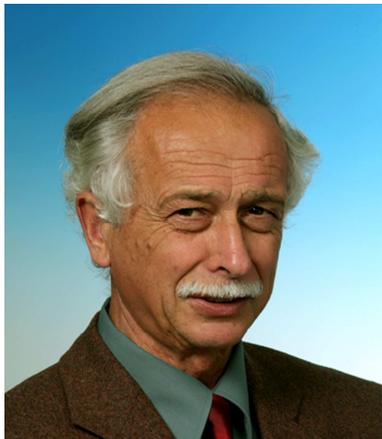
Ausgabe 2

Mai 2008



Deutsches Turnfest 2009

Die Turner mit bewegter Geschichte



von Josef Ullrich

Das Deutsche Turnfest 2009 ist das dritte in Frankfurt am Main nach dem Kriege und steht in der Reihe einer guten – auch sozialdemokratischen – Tradition.

Zum ersten Turnfest rief 1948 der damalige Frankfurter OB Walter Kolb die Turner nach dem Zusammenbruch ins Waldstadion. Trotz der knappen Wohnverhältnisse konnten viele Teilnehmer in Privatquartieren untergebracht werden. Das war eine enorme Leistung. Walter Kolb wurde 1950 auch zum ersten Präsidenten des wieder gegründeten Deutschen Turner-Bundes gewählt. Als Sozialdemokrat war er für die Alliierten der Garant einer gewandelten Deutschen Turnerschaft (DT). Die Besatzungsmächte taten sich mit der Zulassung der Turnvereine nach dem Kriege schwer. Die DT hatte sich nämlich Hitler angebedert, sie hatte sogar den Arierparagrafen in ihrer Satzung eingeführt. Man glaubte so, die Selbständigkeit



behalten zu können. Das war ein Trugschluss: Nach 1933 wurden alle Turn- und Sportverbände von den Nazis abgeschafft. Zuerst der Arbeiter Turn- und Sport-Bund (ATSB), dessen Vereine sogar verboten wurden und ihre Vermögen beschlagnahmt. 1936 löste sich die DT dann selbst auf.

Alle Vereine wurden im Reichsbund für Leibesübungen zusammengefasst. Vereinsvorsitzende hießen nun Vereinsführer. Breitensport war Wehrrerziehung und Jugendarbeit allein eine Aufgabe der Hitlerjugend. Es gehört zu den traurigsten Kapiteln der DT, dass die beiden Olympiasieger von 1896 in Athen, die Brüder Flatow, auf Grund des Arierparagrafen ausgeschlossen wurden; sie kamen im KZ Theresienstadt um. Man tat sich nach dem Krieg zu Recht schwer mit dieser Vergangenheit.

Doch auch schon lange vor der NS-Zeit, bereits Ende des 19. Jahrhunderts, hatte es politische Konflikte bei den deutschen Turnern gegeben. So wurde 1893 der ATSB gegründet,

Inhalt

Deutsches Turnfest 2009	Seite 1
Kinderrechte ins Grundgesetz	Seite 2
Vom Ackerland zum Stadtteil	Seite 3
Impressum	Seite 4



da sich die Arbeiter in der national-konservativen DT nicht mehr wohl fühlten. Dort konnte kein Sozialdemokrat Übungsleiter werden, geschweige denn ein Vorstandsamt übernehmen. Der ATSB hingegen war sozialdemokratisch ausgerichtet. Beide Verbände bekämpften sich heftig. Es ist das Verdienst der einstigen ATSB-Funktionäre, dass sie nach dem Zusammenbruch nicht die Neugründung ihres Verbandes wollten, sondern einen einheitlichen Turnerbund, in dem sie Führungsaufgaben übernahmen.



Dabei konnte der ATSB auf stolze Leistungen zurückblicken: 1925 richtete er mit internationaler Beteiligung im neuen Frankfurter Waldstadion die Arbeiter-Olympiade aus. Im Gegensatz zur DT wollten die Arbeiterturner die internationale Solidarität. Die

Olympischen Spiele lehnten die bürgerlichen Turner anfangs ab, für sie waren die Deutschen Turnfeste das Höchste.

Diese Haltung erklärt sich aus den Wurzeln der Turnbewegung in Deutschland. Sie begann 1811 in der Berliner Hasenheide mit Friedrich-Ludwig Jahn. Jahn turnte mit seinen Schülern. Sein Ziel war es, die Leibeserziehung für Jedermann zu schaffen, sie zu einer Angelegenheit deutschen Volkstums zu machen. Frauen waren davon ausgeschlossen. Leibesübungen wurden vorher nur in Adelsschulen betrieben. Jahn war ein glühender Patriot des Nationalstaates, ein Monarchist. Er kämpfte als Freischärler gegen die napoleonischen Besatzer. In seiner Ideologie war er widersprüchlich; deshalb konnten alle Regierungssysteme in Deutschland ihn für sich auslegen: das Kaiserreich, die Weimarer Republik, der NS-Staat, die DDR und wir heute.

Erst 1983 fand das zweite Deutsche Turnfest in Frankfurt statt. Dieses Fest setzte neue Maßstäbe. Vielen Teilnehmern ist es noch in guter Erinnerung. Danach wurde OB Wallmann DTB-Präsident. Alle 4 Jahre findet ein Deutsches Turnfest statt, an dem etwa 90.000 Aktive teilnehmen. Heute sind es internationale Veranstaltungen. Der DTB hat in seinen 20.443 Vereinen über 5 Millionen Mitglieder. Seine Hauptziele sind die Förderung des Breitensports und seine olympischen Spitzensportarten. Mit Rainer Brechtken ist wieder ein Sozialdemokrat DTB-Präsident und mit der Ausrichtung des Turnfests 2009 setzt die Stadt Frankfurt eine Erfolgsgeschichte fort.

Kinderrechte ins Grundgesetz

von Roger Podstatny



„Es ist höchste Zeit, dass Deutschland die Kinderrechte stärkt und sie gesondert im Grundgesetz verankert“, so Roger Podstatny, Vorsitzender der SJD – Die Falken, Ortsverband Frankfurter Westen/Höchst. Die SPD-Bundestagsfraktion hat die Aufnahme von Kinderrechten in die Verfassung beschlossen. Über 18 Jahre nach Verabschiedung der UN-Kinderrechtskonvention am 20. November 1989 ist diese Grundgesetzänderung längst überfällig. Sie wäre ein klares Signal an die Rechtsprechung und die Gesellschaft, das Wohl des Kindes in den Mittelpunkt zu stellen.

„Kinder haben nicht nur ein Recht auf gewaltfreie Erziehung und den Schutz vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung. Sie haben auch ein Recht auf Förderung und Entwicklung zu selbstbestimmten und verantwortungsfähigen Persönlichkeiten,“ erklärt Podstatny weiter.

Eine Ergänzung des Artikels 6 Grundgesetz würde die Rechtsposition der Kinder deutlich stärken und die staatliche Schutzpflicht ihnen gegenüber ausdrücklich im Grundgesetz festschreiben. Diese Verfassungsänderung wäre eine logische Konsequenz unserer kinderfreundlichen Politik.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen für eine frühe Förderung und Bildung von Kindern. Alle Kinder brauchen möglichst gute Bildungschancen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass der Ausbau der Kinderbetreuung voran getrieben und 2013 ein Rechtsanspruch für einen Betreuungsplatz für jedes Kind unter drei Jahren eingeführt wird. Damit verbessern wir die Startchancen unserer Kinder und die Möglichkeiten von Eltern, Familie und Beruf zu vereinbaren. Auch das Ganztagsschulprogramm „Zukunft, Bildung und Betreuung“, die Unterhaltsrechtsreform und verschiedene gesetzliche Maßnahmen zur Verbesserung des Schutzes der Kinder rücken das Kindeswohl ins Zentrum. Eine Grundgesetzänderung ist nur mit einer Zweidrittelmehrheit zu erreichen. Es ist nun an der Union, nicht länger zu zögern und ebenfalls für eine Stärkung der Kinderrechte einzutreten.

Vom Ackerland zum Stadtteil

von *Susanne Kassold-Moulden*

Riedberg, ein Stadtteil zwischen Niederursel und Kalbach



Mit Aufstellungsbeschluss vom 12.09.1996 erfolgte die rechtliche Grundlage für die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Riedberg unter Verzicht auf den Bebauungsplan Nr. 674 für u. a. den Zoo.

Vorausgegangen war der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 17.09.1993 (M 175) Voruntersuchungen im Rahmen des § 165 Abs. 4 BBG (Bundesbaugesetz) einzuleiten. Mit dem Instrument der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme sollte aus Sicht der Stadt Frankfurt am Main schnell ein großer Stadtteil für viele Menschen geschaffen werden.

Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen sind städtebauliche Neuordnungen in fest umgrenzten Entwicklungsgebieten in Städten und Dörfern entsprechend den §§ 165 ff im Besonderen Städtebaurecht des Baugesetzbuch (BauGB). Sie müssen im öffentlichen Interesse liegen und für die Entwicklung der Gemeinde von besonderer Bedeutung sein. Eine Entwicklungsmaßnahme wird als Gesamtmaßnahme für ein Entwicklungsgebiet - unter frühzeitiger Beteiligung und Mitwirkung der Bürger und nach ausreichenden Vorbereitungen und Untersuchungen - von der Gemeinde als Entwicklungssatzung beschlossen, und dann einheitlich geplant und durchgeführt. Sie soll dazu führen, dass die Gemeinde ihre städtebaulichen Vorstellungen konzeptionell geschlossener und rascher verwirklichen kann, als über ein herkömmliches Verfahren des allgemeinen Städtebaurechts (z.B. durch Bebauungsplan oder Vorhaben- und Erschließungsplan). Zur Sicherung der Entwicklung dient auch der Genehmigungsvorbehalt für alle Erwerbsvorgänge und alle wesentlichen Änderungen in dem Bereich. Die Gemeinde hat ein Vorkaufsrecht und kann auch Grundstücksenteignungen ohne Bebauungsplan vornehmen.

Eine Entwicklungsmaßnahme darf nur durchgeführt werden, wenn sie dem „Wohl der Allgemeinheit“ dient und eine besondere Bedeutung für die Entwicklung der Gemeinde hat. Dies trifft insbesondere zu auf Maßnahmen zur Deckung eines erhöhten Wohn- und Arbeitsstättenbedarfs, zur Errichtung von Gemeinbedarfseinrichtungen oder zur Wiedernutzung von brachliegenden Flächen (Stichwort: Kon-

version). Eine einheitliche Vorbereitung und eine zügige Durchführung müssen im öffentlichen Interesse liegen. Dazu gab es allerdings reichlich Ärger von Eigentümern, oftmals Bauern, die eine Klage gegen die Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme beim Verwaltungsgericht Frankfurt am Main einreichten, da sie u. a. nicht bereit waren, ihr Land für 45,- DM pro Quadratmeter an die Stadt Frankfurt am Main zu übereignen, ferner zweifelten sie an der Notwendigkeit, einen Stadtteil für ursprünglich 18.000 Einwohner (heute 15.000) bauen zu müssen und legten Argumente vor, dass eine schnelle, zügige Durchführung nicht realisierbar sei. (Wie recht sie doch hatten!) Durch Urteil des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes in Kassel unterlagen die Kläger jedoch der Stadt Frankfurt am Main, eine Revision vor dem Bundesverwaltungsgericht wurde nicht zugelassen.

Die heutige Realität auf dem Riedberg

Inzwischen wohnen rund 2.400 Einwohner (Stand Februar 2008) auf dem Riedberg und den angrenzenden Baugebieten von Bonifatiusbrunnen (Parkstadt 2000) und Heddernheim Nord. Ohne diese beiden alten Bebauungspläne, die schon Jahre vor der Riedbergplanung rechtskräftig waren, wären weder die Grundschule noch ein Kindergarten im frühen Planungsstadium errichtet worden.

Diese ganze Entwicklung ist **aus städtischer Sicht in finanzielles Fiasko**, da die Stadt Frankfurt am Main die Grundstücke für 45 DM pro Quadratmeter zunächst erwerben, also mit dem Kauf in Vorleistung treten musste. Erst die baureifen Grundstücke werden dann zu dem höheren Verkehrswert – dem Endwert – an die

neuen Eigentümer veräußert. Da bisher aber noch recht wenig verkauft wurde, erfolgt durch die Stadt nun schon über viele, viele Jahre eine Zwischenfinanzierung dieser städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme. Sämtliche Straßenbauarbeiten, Anlage von Grünflächen, Spielplätzen, Bau von Schulen und Kindertagesstätten und sämtliche sonstigen Infrastrukturmaßnahmen werden aus dem Städtebaurechtlichem Vertrag finanziert. Dass in der Schlussabrechnung die Differenz der Grundstückspreise vor und nach der Entwicklungsmaßnahme zu der Finanzierung der vorstehend aufgelisteten Maßnahmen ausreicht, ist nicht immer der Fall. Die Stadt trägt damit ein sehr großes Risiko.

Damit ist für mich abschließend auch nachvollziehbar, warum bundesweit nur wenige Bauvorhaben über das Instrument der Entwicklungsmaßnahme realisiert werden.

Impressum:

Die Zeitung „Freundeskreis – Die linke Mitte“ erscheint nach Bedarf. Abdruck - auch auszugsweise - nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers. Die redaktionellen Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Herausgeber, Verantwortlich für den Inhalt:

Freundeskreis,
c/o. Roger Podstatny, Karl-Blum-Allee 14,
65929 Frankfurt

Redaktion: Roger Podstatny, Ursula Busch

Autoren: Mitglieder des Freundeskreises

Gedruckt durch Eigenvervielfältigung

**Unsere nächsten Treffen sind am Freitag, dem 16. Mai 2008
(Nancy Faeser, MdL: „Wie geht es weiter mit der SPD Hessen?“)
und am Freitag, dem 20. Juni 2008,
jeweils um 17:30 Uhr im SPD-Fraktionssitzungssaal
Haus Silberberg, Römer, 60311 Frankfurt**

Wir sind ein offener Kreis, deshalb sind alle Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bei unseren Treffen herzlich willkommen. Diese Einladung kann gerne weitergegeben werden.